

Auf den ersten Blick wirkt Polen wie ein Musterbeispiel gelungener Demokratisierung. Seit 1991 finden freie Wahlen statt; nie wurde die Legitimität der Ergebnisse angezweifelt. Dreimal, nämlich 1993, 1997 und 2001, fanden klassische Machtwechsel statt, ebenfalls ohne Aufhebens. Gewaltenteilung und Minderheitenschutz funktionieren reibungslos. Nach erbitterten Auseinandersetzungen, wie in solchen Fällen üblich, trat 1997 eine neue Verfassung in Kraft, die die Macht des direkt gewählten Präsidenten erheblich einschränkte. Seit dem Wahlsieg der postkommunistisch-sozialdemokratischen SLD im September 2001 ist darüber hinaus das erste Mal der Ministerpräsident, Leszek Miller, gleichzeitig Chef der größten Regierungspartei. Dies erleichtert den Menschen die Zuordnung von Verantwortlichkeiten für das Handeln der Regierung – und macht die Politik transparenter. Seit Jahren wird die polnische Demokratie in den Berichten der EU-Kommission gelobt.

Erst auf den zweiten Blick mag man die demokratischen Errungenschaften der letzten dreizehn Jahre hinterfragen – wie polnische Wissenschaftler und Publizisten es seit dem Frühjahr dieses Jahres mit erheblicher Verve tun. In dieser Debatte werden sogar einige für Polen heilige Kühe auf den Marktplatz der veröffentlichten Meinung gezerrt. So forderte der Philosoph Marcin Krol, die polnische Demokratie müsse für einige Jahre aufgehoben und durch einen „aufgeklärten Absolutismus“ ersetzt werden. Der Publizist

Rafal Ziemkiewicz stellte sogar die Frage, ob Polen seine Unabhängigkeit angesichts des verfallenden Zustandes der *Res Publica* überhaupt verdiene.

Nun macht eine Schwalbe noch keinen Sommer, und einige kritische Artikel über den Zustand der polnischen Demokratie läuten noch nicht deren Ende ein. Gleichzeitig aber sind weder der Zeitpunkt der öffentlichen Debatte noch die Zielrichtung der Kritik zufällig.

Der Zeitpunkt lässt sich relativ leicht auf das Ergebnis der Parlamentswahlen 2001 zurückführen, denn dieses bewirkte in dreierlei Hinsicht eine grundsätzliche Veränderung der politischen Landschaft. Zum einen verwischte die scharfe Trennlinie zwischen Antikommunisten und Postkommunisten, welche die politische Auseinandersetzung in Polen über die gesamten neunziger Jahre geprägt hatte. Diese Trennlinie war politischer ebenso wie biografischer Natur. Es ging zwar auch um Streitpunkte wie die Stellung der katholischen Kirche in Staat und Gesellschaft. Im Kern der Auseinandersetzung lag jedoch die Frage, wer 1981 auf welcher Seite des Kriegsrechtes gestanden hatte.

Das Ergebnis der Parlamentswahlen 2001 hob diese Trennlinie nicht nur deswegen auf, weil sie die Erben der Solidarność-Bewegung, die die Wahl 1997 gewonnen und anschließend die Regierung gestellt hatten, achtkantig aus den Regierungssätern und sogar aus dem Parlament beförderten. Vielmehr wurde eine neu gegründete liberal-konservative Par-

tei, die Bürgerplattform, von einem Politiker namens Andrzej Olechowski angeführt, welcher zugegeben hatte, in den siebziger Jahren für den kommunistischen Geheimdienst gearbeitet zu haben. Dies wäre noch wenige Jahre vorher undenkbar gewesen. Die Tatsache, dass eine Partei, die sich zumindest zum Teil an der Tradition der Solidarność orientierte, von einem ehemaligen Geheimdienstmitarbeiter angeführt und mit ihm zur zweitstärksten Fraktion im Parlament werden konnte, war der endgültige Beweis dafür, dass die polnische Politik von der Gegenwart eingeholt worden war. Nicht die Vergangenheit der politischen Akteure, sondern ihre Führungsqualitäten im Hier und Jetzt waren also zur entscheidenden Größe geworden.

Endgültige Niederlage

Die Niederlage der Solidarność-Erben ist endgültig. War der Wahlsieg der Postkommunisten 1993 noch – eher zufällig – dadurch zu Stande gekommen, dass die kleinen Parteien der Solidarność-Bewegung allesamt unter die Fünfprozenthürde gefallen waren, scheiterten die Solidarność-Erben 2001 an ihrem eigenen moralischen Bankrott. Die Regierungszeit 1997–2001 hatte bei objektiver Be trachtung viel Gutes gebracht: mutige Reformen und eine relativ zügige Anpassung der Rechtsordnung an die Europäische Union. Die Bevölkerung nahm jedoch Zwist und Uneinigkeit wahr, grassierende Korruption, Skandale und eine Reihe von Fällen atemberaubender Inkompetenz. Die Gewerkschaft Solidarność, die noch immer besteht, erhält die niedrigsten Zustimmungswerte aller öffentlichen Institutionen in Polen. Ihre politischen Partner haben abgewirtschaftet. Vorbei sind die Zeiten, in denen man in Polen mit Blick auf die jüngste Geschichte seinen moralischen Anspruch auf Amt und Würden verteidigen konnte. Vorbei sind die Zeiten, in denen die Post-

kommunisten wegen ihrer eigenen Vergangenheit ein latent schlechtes Gewissen hatten und sich im öffentlichen Diskurs dementsprechend verhielten. Die Interpretationshöheit hat sich zu Gunsten der sozialdemokratischen Postkommunisten verschoben. Dies ist die zweite Konsequenz der Wahlen 2001.

Populismus und Paradigmenwechsel

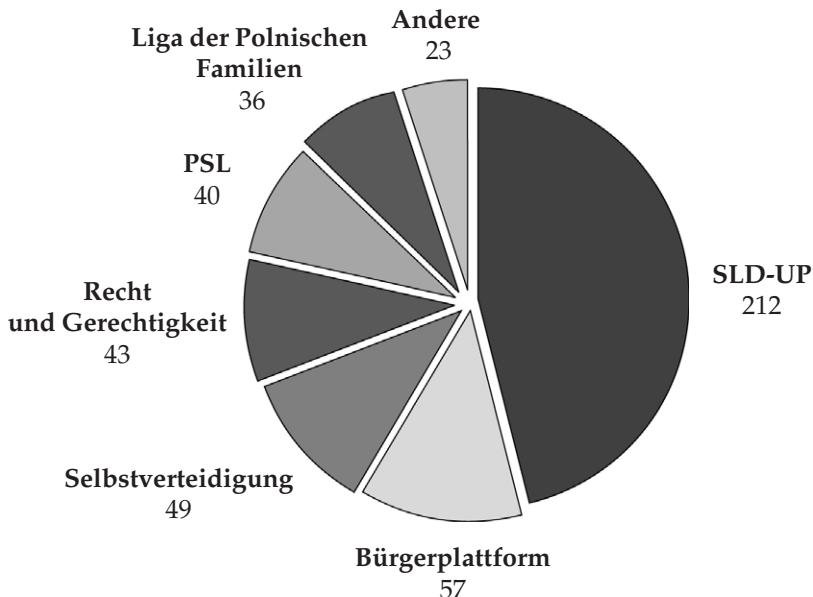
Die dritte Konsequenz ist der andauernde Erfolg populistischer Parteien, welche in Form der „Selbstverteidigung“ des Bauernführers Andrzej Lepper und der nationalistisch-klerikalen „Liga der polnischen Familien“ im September 2001 mit insgesamt 85 Abgeordneten (von 460) in den Sejm einzogen und seitdem das Paradigma der politischen Auseinandersetzung in Polen grundsätzlich veränderten. Beide populistischen Parteien ziehen ihre Kraft hauptsächlich aus der Kritik an der politischen Elite der letzten dreizehn Jahre, welche – korrupt, inkompotent und fremdgesteuert – Polen verraten und verkauft habe und nun im Begriff sei, mit dem Beitritt zur EU ihr Meisterstück zu absolvieren. Blockierung und Skandalisierung sind Machwerke der populistischen Parteien. Straßen, öffentliche Gebäude und kürzlich sogar das Rednerpult im Sejm werden besetzt, die politische Auseinandersetzung blockiert. Kommt es zu einer Diskussion, decken die Vertreter der populistischen Parteien Fälle angeblicher Korruption und Misswirtschaft auf. Belegbar sind diese Anschuldigungen in der Regel nicht, obwohl sie ein Grundgefühl in der Bevölkerung treffen. Eine Auseinandersetzung über tagespolitische Entscheidungen bleibt damit aus.

Der Paradigmenwechsel der politischen Kultur besteht darin, dass politische Akteure sich anhand ihrer Zustimmung oder Ablehnung zum Modernisierungskurs der letzten dreizehn Jahre anordnen lassen. Weder die Haltung zur Marktwirtschaft noch zur katholischen

Mandateverteilung im Sejm 2001–2005

Mandateverteilung im Sejm 2001–2005

(460 Sitze, Stand: November 2002)



Kirche bestimmen heute den politischen Diskurs. Es ist die Verteidigung oder Ablehnung der grundsätzlichen Richtung der Veränderungen nach 1989, die zählt. Von den sechs Parteien, die heute im Sejm Fraktionsstatus haben, sind allein die regierende SLD mit der oppositionellen Bürgerplattform und die ebenfalls oppositionelle Law-and-order-Partei „Recht und Gerechtigkeit“ in der Verteidigung dieser Modernisierung weitgehend einig. Der kleinere Koalitionspartner der SLD aber, die Bauernpartei PSL, möchte den Konsens der letzten Jahre zumindest rhetorisch nicht mittragen, obschon sie seit 1989 ein integraler Bestandteil der polnischen Transformation ist. Sie ist eine Systempartei mit Anti-System Rhetorik. Die beiden populistischen Parteien „Samobrona“ und „Liga der Polnischen Familien“ sind sich in ihrer Ablehnung der Errungenschaften nach 1989 einig.

Damit ist auch nicht verwunderlich, warum Intellektuelle wie Krol oder Ziembiewicz gerade heute die Leistungsfähigkeit der polnischen Demokratie anzweifeln. Das Niveau der politischen Auseinandersetzung ist seit den Wahlen 2001 deutlich gesunken. Die konstruktive Opposition ist klein und schwach, denn Bürgerplattform und „Recht und Gerechtigkeit“ haben zusammen genommen gerade einmal einhundert Sitze – nur wenige mehr als ihre Kollegen von den populistischen Parteien. Bürgerplattform und „Recht und Gerechtigkeit“ sind zwar Opposition, aber keine Alternative zur Regierung. Die populistischen Parteien bestimmen die Regeln der politischen Auseinandersetzung.

Gleichzeitig ist die Machtfülle der SLD erstaunlich. Sie ist die einzige Partei, die nicht nur auf alte Strukturen aus der kommunistischen Zeit zurückgreifen konnte,

sondern nach 1989 systematisch an der Verbesserung ihrer Parteistrukturen, gerade auch in den ländlichen und strukturschwachen Gebieten, gearbeitet hat. Ihr Einfluss im öffentlichen Fernsehen ist gewaltig. Beobachter sehen hierin sogar ihr größtes Machtpotenzial. Bis zum Regierungswechsel 2001 trug das Fernsehen zur Unzufriedenheit in der Bevölkerung bei, seit dem Antritt der Regierung Miller werden unliebsame Fakten ausgeblendet und die Erfolge der Regierung ausgiebig gelobt. Das Ausmaß dieser Parteinahme geht über alles hinaus, was sich ein nichts ahnender Beobachter von außen vorzustellen vermag.

Folgen langer Fremdherrschaft

Es sind aber nicht allein der Erfolg der populistischen Parteien, die Machtfülle der Regierung und die Schwäche der Opposition, die in der Debatte über den Zustand der polnischen Demokratie bedauert werden. Vielmehr ist es der Blick hinter die Fassaden demokratietheoretischer Begrifflichkeiten, der die Kritiker auf den Plan ruft. Wenn der Staat von seinen Bürgern wie auch von Teilen seiner Elite systematisch geschwächt wird, dann sind demokratische Abläufe zwar erfreulich, stellen aber nicht den Kern dessen dar, was Demokratie eigentlich bedeutet: die Kontrolle der Regierung durch das Volk. Die in Polen grassierende Korruption ist ein Beispiel dafür, dass Spielregeln in allen Bereichen des öffentlichen Lebens zwecklos sind, wenn sie nicht eingehalten werden. Politik, Polizei, Beamtenschaft und Gerichtsbarkeit funktionieren ohne Schmiergelder praktisch nicht. Die Gesellschaft nimmt dies zwar wahr, und so sind Politiker in den Augen der meisten Polen denn auch Menschen, die im Morast von Korruption und Verteilungnahme geradezu versinken. Gleichzeitig aber ist jede politische Klasse auch Ausdruck der Gesellschaft, der sie entstammt. Die langen Jahre – und Jahrhun-

derte – fremder Herrschaft in Polen haben dazu geführt, dass staatliche Macht allzu oft als nicht legitimiert gesehen wird. Der Gemeinsinn, das Verantwortungsgefühl des Einzelnen gegenüber dem Staat und der *Res Publica* sind schwach ausgeprägt. Die chronisch niedrige Wahlbeteiligung – bei den Parlamentswahlen 2001 nur knapp über 46 Prozent – mag als Beispiel für die Abscheu der Menschen gegenüber der Politik gesehen werden, aber auch als verzagte Haltung von Menschen, die ihre staatsbürgerlichen Pflichten nicht wahrnehmen. Der Erfolg der populistischen Parteien belegt die Unzufriedenheit mit der politischen Elite, beweist aber auch die Bereitschaft, die Regeln demokratischer Auseinandersetzung zu brechen. Denn was sonst ist die Besetzung von Ministerien und Parlament?

„Kommerzialisierung des Staates“

Eine weitere Aushebelung demokratischer Grundsätze findet an der Schnittstelle zwischen Staat und Wirtschaft statt. Die Soziologin Jadwiga Staniszkis bezeichnet die Politisierung großer Unternehmen (welche sogar nach der Privatisierung andauert) als „politischen Kapitalismus“. Sie weist damit auf informelle Netzwerke hin, die zumeist postkommunistische Wurzeln haben und den Beteiligten erlauben, die Filetstücke von Staat und Wirtschaft untereinander und ohne wirksame öffentliche Kontrolle aufzuteilen. Politische Macht bewirkt Zugang zu Kapital, wirtschaftliche Macht lässt sich direkt in politischen Einfluss ummünzen. Dass die Regierung von Leszek Miller seit Amtsantritt die Privatisierung praktisch eingefroren hat, gilt weithin als zusätzliches Anzeichen für diese Praxis.

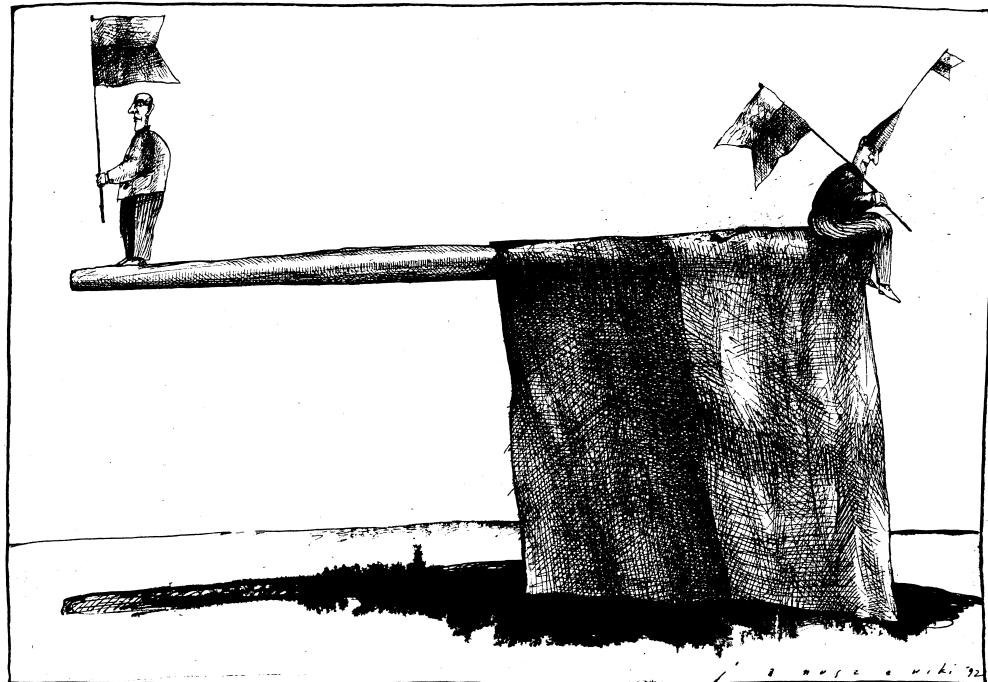
Der Warschauer Soziologe Paweł Spiewak kritisiert ein ähnliches Phänomen, wenn er die „Kommerzialisierung des Staates“ anprangert. Diese, so Spiewak,

bezeichne die Schaffung halböffentlicher Agenturen, die zum Beispiel für die Restrukturierung der Landwirtschaft und Schwerindustrie sowie für die Verwaltung der Fonds im Sozial- und Gesundheitswesen zuständig seien. Spiewak moniert, dass diese Agenturen politisch schwer zu kontrollieren, dafür aber umso einflussreicher seien und fast die Hälfte des Staatshaushaltes umfassten. Spätes-

die Demokratie – zumindest nicht im deutschen Verständnis.

Übertriebene Erwartungen?

Auch in diesem Fall also erfahren wir über das Objekt der Kritik – die polnische Demokratie – ebenso viel wie über ihre Kritiker. „Ich fühle mich in der Welt der Politik immer unwohler, immer weniger zu Hause“, schreibt Paweł Spiewak und



tens an dieser Stelle wird der deutsche Beobachter allerdings aufmerksam. Sind nicht auch in Deutschland die Sozialversicherungsträger und Krankenkassen halböffentliche Institutionen? Und wer würde ihretwegen auf die Idee kommen, die Qualität der deutschen Demokratie infrage zu stellen? Auch in Deutschland sind die Kontrollgremien der Träger der öffentlichen Daseinsfürsorge durch die politischen Parteien paritätisch besetzt. Das erhöht zwar die Durchdringung staatlicher und halbstaatlicher Institutionen durch die politischen Parteien, schwächt aber dadurch noch lange nicht

fährt fort: „Wie viele meiner Freunde hat mich der Geist des Zweifels und der Enttäuschung eingeholt. Ich erwarte von den Politikern nichts Gutes mehr, von neuen Gesetzesentwürfen auch nicht.“ Spiewak ist nicht irgendein Journalist. Er hat die polnische Demokratie seit ihrer Etablierung mit kritischer, unorthodoxer, oft genialer Aufmerksamkeit verfolgt. Ähnliches gilt für den Philosophen Marcin Krol, der als Teil seines eigenen Wunschedenkens die „radikale Auflösung der gegenwärtigen politischen Ordnung“ propagiert, die Auflösung „sowohl der Koalition als auch jeglicher

Form der Opposition – parlamentarisch und außerparlamentarisch“. Stattdessen müsse „eine Koalition aller politischen Kräfte, sowohl derjenigen, die gegenwärtig im Parlament vertreten sind, als auch derjenigen, die nicht ins Parlament einzogen, aber trotzdem meinungsführend sind“, gegründet werden. Das Wunschenken Krols weist auf den Punkt hin, der für die Demokratiekritiker gleichsam Ausgangs- und Endpunkt jeglicher Gedankenspiele ist – die Erfahrung der Solidarność in den achtziger Jahren. Denn was sonst sollte eine breite gesellschaftliche Bewegung ohne innere Widersprüche, ohne den Wettbewerb um Macht sein, der der Demokratie unweigerlich innewohnt?

Die Kritik Krols, Spiewaks, Janiszksis und Ziemkiewicz' ist biografisch tief verwurzelt. Sicher gibt die *Res Publica* in Polen Anlass zur Sorge, angefangen von der Nonchalance der gegenwärtigen Regierung mit der Macht über die Degeneration der öffentlichen Auseinandersetzung durch die Populisten und die gesellschaftliche Gleichgültigkeit gegenüber der politischen Klasse bis hin zu Korruption und Misswirtschaft. Nichts aber schmerzt so sehr wie der Verlust der moralischen Hoheit, der mit dem Zusammenbruch der Solidarność-Bewegung 2000 bis 2001 eintrat. Es ist schwer, den moralischen Anspruch, mit dem eine ganze politische – und publizistische – Generation angetreten war, in kurze Worte zu fassen. Das beste Bild ist vielleicht das des oft zitierten Patienten, des durch Jahrzehnte kommunistischer Misswirtschaft kurz vor dem endgültigen Zusammenbruch stehenden, kranken Polen, das durch die heilende Kraft des Solidarność-Arztes zur Genesung geführt

wird. Wer auf einem hohen Ross sitzt, kann tief fallen.

So sind denn auch die übertriebenen und oft unrealistischen Erwartungshaltungen an das eigene Lager – und das eigene Volk – zumindest ein Grund für die Enttäuschung, die aus den hier angeführten Analysen spricht. Dass jede Demokratie verbesserungsfähig ist, zumal die polnische, bleibt außer Frage. Aber bei genauerem Hinsehen hat die polnische Demokratie einige erstaunliche Leistungen vollbracht. Der mittlerweile über alle politischen Grenzen hinweg akzeptierte Präsident Aleksander Kwasniewski, der seine zweite Amtszeit im Oktober 2000 im ersten Wahlgang gewann, ist das beste Beispiel für die Stärkung der Demokratie aus manchmal ungeahnten Ecken. Kwasniewski hat seinem Amt mehr Würde verliehen, als sein legendärer Vorgänger Lech Wałęsa es je vermochte.

Es wird aus der Perspektive einer geiften Demokratie gerne übersehen, dass die Demokratie ihre Zeit zur Reife braucht. Auf die Frage, wann im 20. Jahrhundert für Deutsche die beste Zeit gewesen sei, antworteten noch 1951 45 Prozent aller Westdeutschen „im Kaiserreich“; 42 Prozent entschieden sich für die Zeit zwischen 1933 und 1939. Bis 1969 hatte die westdeutsche Demokratie keinen Machtwechsel vollzogen und war damit eines derjenigen Merkmale schuldig geblieben, die Wissenschaftler als notwendige Bedingung der demokratischen Stabilisierung betrachten.

Die polnische Demokratie ist eine Symphonie in Dur, gespickt mit unüberhörbaren Klängen in Moll. Der Beitritt Polens zur Europäischen Union wird die Rahmenbedingungen dafür schaffen, die Moll-Akkorde verstummen zu lassen.